

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Datum
	Schriftführerin Sabine Biesenbach
	Telefon-Nr. <b>02202/142847</b>
<b>Niederschrift</b>	
	<b>Sitzung am</b> <b>Donnerstag, 28. Februar 2002</b>
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkt</b>	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-  
63/2002**
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 5. Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen**

## **Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahre 2001**

*73/2002*

- 6. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse**

*54/2002*

- 7. Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales im Bereich Soziales**

*78/2002*

- 8. Kündigung der Förderrichtlinien**

*76/2002*

- 9. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

**A Öffentlicher Teil**

**1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

**2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 29.11.2001 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**3 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

**4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Es liegen keine Mitteilungen der Bürgermeisterin vor.

**5 Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahre 2001**

Herr Schnöring spricht die von der Verwaltung für das Jahr 2002 befürchtete personelle Situation an. Er fragt nach, ob sich dies auf die Stellenvakanz bei den städtischen Mitarbeitern oder auf die erwartete verstärkte Zuweisung von Spätaussiedlern bezieht.

Herr Hastrich erläutert, dass in diesem Bereich seit Ende des Jahres 2001 eine Stellenvakanz besteht. Durch eine wieder verstärkte Zuweisung von Aussiedlern rechnet die Stadt Bergisch Gladbach im Laufe des Jahres mit über einhundert neuen Zuweisungen. Im Jahr 2002 waren bereits 22 Neuzugänge zu verzeichnen. Beide Ursachen zusammen lassen gravierende Probleme in diesen Arbeitsfeldern erwarten.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

## **6      Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse**

Herr Gronemeyer stellt klar, dass es bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) keinen personellen Wechsel geben wird.

Frau Alef fragt nach, warum eine Entsendung in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht vorgesehen wurde.

Herr Hastrich führt aus, dass der Beirat selbst in seiner konstituierenden Sitzung entschieden hat, in welche Ausschüsse Vertreter entsandt werden sollen, die dann auch benannt wurden. Für die Zukunft ist die Entsendung eines Vertreters oder einer Vertreterin in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden damit jedoch nicht ausgeschlossen.

Die Vorlage wurde dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Vertretung des *Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen* in den genannten Ratsausschüssen beschließt nach Beratung im Hauptausschuss der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 21.03.2002.

Gemäß § 2 der Satzung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Gemeindeordnung NW beschließt der Rat die Vertretung des Beirates für Menschen mit Behinderungen in den genannten Ratsausschüssen durch die seitens des Beirates vorgeschlagenen Personen.

## **7      Vorberatung des Teilhaushalts 2002 für den Fachbereich 5-Jugend und Soziales im Bereich Soziales**

Wie im Vorjahr beantragt Herr Schnöring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in die Leistungen des Löwenpasses aufzunehmen und Mittel in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2002 bereit zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 6 Stimmen bei 5 Gegenstimmen folgenden

### **Beschluss:**

Die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird in die Leistungen des Löwenpasses aufgenommen. Hierfür werden Mittel in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2002 bereit gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) empfiehlt dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss, den durch die Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf einschließlich der Änderungsliste und den Änderungen auf Grund der Beratungen im Ausschuss dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

## **8 Kündigung der Förderrichtlinien**

Herr Hastrich erläutert, dass die Kündigung der Richtlinien in einem Gespräch mit den Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände beraten wurde, sie dem beabsichtigten Verfahren zugestimmt haben und bereit sind, neue Vereinbarungen auszuhandeln. Ziel ist, von der bisherigen strukturfördernden Richtlinien zu einer wirkungsorientierten Arbeitsweise zu finden. Noch vor den Osterferien soll den freien Trägern auf der Basis der Rahmenrichtlinien des Rheinisch-Bergischen Kreises ein Vorschlag unterbreitet werden, der als Rahmenvereinbarung für die künftige Kooperation zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern dienen soll. Anschließend wird in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – voraussichtlich am 27.06.2002 – eine Vorlage eingebracht, die die Zielvereinbarung enthalten soll, um eine erste Lesung durchführen zu können. Die Zeit bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 soll genutzt werden, um die Zielvereinbarung mit den freien Trägern zu beraten. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 ist vorgesehen, eine Beschlussvorlage über die Zielvereinbarung fertigen. Parallel zur Diskussion über die Zielvereinbarung werden mit den betroffenen Trägern Gespräche über jeweils abzuschließende Leistungsvereinbarungen geführt, um unmittelbar nach der Beschlussfassung über die Zielvereinbarung durch den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und vor Ablauf des Kündigungstermins der geltenden Förderrichtlinien am 31.12.2002 die Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern abschließen zu können und damit Klarheit darüber geschaffen sein, wie die Arbeit ab 01.01.2003 in den jeweiligen Feldern fortgeführt werden soll. Für den Fall, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mit seiner heutigen Beschlussfassung dem Beschlussvorschlag folgt, werden in der kommenden Woche die freien Träger hierüber informiert werden.

Herr Schnöring signalisiert grundsätzliche Zustimmung, hat aber Bedenken, erst die Richtlinien zu kündigen und dann neue Konzepte und Konditionen auszuhandeln. Er bringt seine Skepsis zum Ausdruck, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Verfahrensweise im Finanz- und Liegenschaftsausschuss und im Rat mittragen wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfe- und Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, nach Vorberatung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss
  - die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung von Altenclubs vom 01.01.1994
  - die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Begegnungsstätten vom 01.01.1994
  - Ziff. 5.1 (institutionelle Förderung für den Bereich der allgemeinen Wohlfahrtspflege) der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Organisationen, die im sozialen Bereich tätig sind, vom 01.01.1988
  - den Ratsbeschluss vom 26.10.1993 zur Förderung der Beratungsstelle für Nichtsesshafte/Netzwerk Wohnungsnot mit Wirkung zum 31.12.2002 aufzuheben.
2. Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, mit den durch die vorgenannten Richtlinien geförderten freien Trägern Gespräche zu führen, um neue Förderkonzepte und –konditionen auszuhandeln.

Bezüglich der Fortführung der städtischen Förderung soll die Verwaltung dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss für die genannten Förderbereiche spätestens zur Sitzung am 25. September 2002 Zielvereinbarungen vorlegen. Mit den freien Trägern sollen für diese Bereiche aufgabenbezogen Art, Umfang, Qualität und Kontrolle in Leistungsvereinbarungen vertraglich geregelt werden.

## **9 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

### **9.1. Privater Investor für den sozialen Wohnungsbau**

Bezug nehmend auf die Niederschrift zu Tagesordnungspunkt A8-S der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 29.11.2001 und dem Auszug aus der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 11.12.2001 fragt Frau Wöber-Servaes nach dem Stand der Verhandlungen mit dem privaten Investor im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Herr Kotulla antwortet, dass die Gespräche derzeit andauern. Im Hinblick auf städtebauliche Aspekte und der Notwendigkeit, geeignete Grundstücke zu finden, sind noch weitere Abstimmungsgespräche zu führen. Das Interesse des Investors besteht weiterhin.

Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage mit weiteren Informationen zu.

### **9.2. Projektwoche *Lust auf Lernen – ein Leben lang***

Frau Münzer weist auf eine Veranstaltung des Seniorenbüros der Stadt Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule hin. Es handelt sich dabei um eine Projektwoche zur Bildung im Alter, die unter dem Titel *Lust auf Lernen – ein Leben lang* in der Woche vom 24. bis 28. Juni 2002 stattfinden wird.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:03 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin